



**Innenausschuss (26.),  
Haushalts- und Finanzausschuss (33.) und  
Rechtsausschuss (33.)**

**Gemeinsame Sitzung (öffentlich)**

12. Dezember 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:31 Uhr bis 15:56 Uhr

Vorsitz: Anna Kavena (SPD) (stellv. Vorsitzende IA)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

**Verhandlungspunkt:**

**Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen –  
Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4139

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

**Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen – Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.**

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/4139

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Meine lieben Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle zur 26. Sitzung des Innenausschusses, zur 33. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und zur 33. Sitzung des Rechtsausschusses: die Mitglieder der drei Ausschüsse, die Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Frau Carolin Kirsch, den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herrn Dr. Werner Pfeil, die etwaige Vertretung der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Sachverständigen hier im Saal und die Sachverständige – das ist Frau Zora Hauser –, die per Video zugeschaltet ist.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 18/584 – Neudruck.

Ich gehe von Ihrem Einvernehmen mit der Tagesordnung aus.

Die Sitzung wird per Live-Videostream im Internet übertragen.

Maximal haben wir für die heutige Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4139 „Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen – Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.“ bis 16 Uhr Zeit.

Ich danke den Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Beiträge. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten für uns eine wesentliche Arbeitserleichterung.

Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangsstatements heute nicht vorgesehen. Die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit ihren Fragen an die Sachverständigen wenden. Ich werde zunächst die Fragen aus dem Kreis der Abgeordneten sammeln und dann die Sachverständigen bitten, diese zu beantworten.

Sehr geehrte Expertinnen und Experten, Sie können davon ausgehen, dass die Abgeordneten Ihre schriftlichen Stellungnahmen gelesen und zur Kenntnis genommen haben. Sehen Sie deswegen bitte davon ab, Ihre schriftlichen Stellungnahmen hier noch ausführlich zu wiederholen. Vielen herzlichen Dank dafür.

Nun eröffne ich die erste Fragerunde der Fraktionen.

**Christina Kampmann (SPD):** Auch von uns vielen Dank für die Stellungnahmen, die sehr hilfreich und sehr erkenntnisreich waren. – Zum Einstieg haben wir drei Fragen, die sich an alle Sachverständigen richten.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die erste Frage lautet: Wie sehen Sie Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf das Thema „organisierte Kriminalität“ gewappnet, und was sagen Sie zu den aktuellen Gefahren, die von der organisierten Kriminalität ausgehen, insbesondere auch mit Blick auf die Gefährdung rechtsstaatlicher Institutionen?

Bei der zweiten Frage – denn das hat sich auch in den Stellungnahmen widergespiegelt – geht es darum, dass wir gerne wissen würden, was wir möglicherweise von Ländern wie Italien oder den Niederlanden lernen können, in denen viele Formen organisierter Kriminalität schon länger sehr viel offener zutage treten als hier, und welche Fehler, die dort vielleicht gemacht wurden, wir gegebenenfalls vermeiden sollten.

Die dritte Frage bezieht sich auf das große Dunkelfeld. Gibt es schon Schätzungen, wie groß dieses sein könnte, und was können wir tun, um das Dunkelfeld zu erhellen? Denn in vielen Stellungnahmen ist auch deutlich geworden, dass die Forschung im Bereich organisierter Kriminalität unbedingt verstärkt werden sollte. Deshalb würde uns Ihre Einschätzung dazu interessieren.

**Dr. Christos Katzidis (CDU):** Vielen Dank auch im Namen unserer Fraktion für die Stellungnahmen und die Teilnahme heute an dieser Anhörung. – Ich habe in der ersten Runde Fragen an Herrn Huth, Herrn Professor Dr. Sinn und Frau Hauser.

Die erste Frage, die uns unter den Nägeln brennt, geht an Herrn Huth, aber auch an Herrn Professor Dr. Sinn und Frau Hauser. Sie bezieht sich auf das Thema „Datenschutz und rechtliche Rahmenbedingungen“. Wenn wir über organisierte Kriminalität und in dem Zusammenhang im Übrigen auch über Opferschutz sprechen, kommt bei uns relativ häufig an, dass gerade in OK-Verfahren und insbesondere dann, wenn es um Prostitution, Menschenfleischerei oder Ähnliches geht, Menschen eher nicht aussagebereit sind, weil auch immer wieder die persönlichen Daten durch die Akteneinsicht bei den Tätern landen. Haben Sie dazu Erfahrungswerte oder Erkenntnisse, und wie bewerten Sie das juristisch bzw. rechtlich?

Herr Huth, Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch die Stellensituation dargestellt. Ergänzend wäre uns wichtig, zu erfahren, wie es in Bezug auf die tatsächlichen Beschäftigten aussieht. Können Sie etwas dazu sagen, ob viele Stellen unbesetzt sind oder nicht unbesetzt sind und wie vor allen Dingen auch der Überstunden- und Mehrarbeitsstand im Bereich „OK“ ist, insbesondere im Verhältnis zu den anderen Bereichen der Kriminalpolizei?

Herr Professor Dr. Sinn, Sie haben auf Seite 17 Ihrer Stellungnahme von Sicherheitsbehörden gesprochen. Welche meinen Sie denn konkret? Häufig werden ja Städte und Kommunen gar nicht mitberücksichtigt, obwohl sie in Bezug auf OK auch vieles leisten könnten, was Gewerbe, Immobilienrecht, Baurecht und Ähnliches angeht. Würden Sie sie dazuzählen, oder würden Sie sie nicht dazuzählen?

Meine letzte Frage richtet sich sowohl an Herrn Professor Dr. Sinn als auch an Frau Hauser. Herr Professor Dr. Sinn, die nationalen Datenbanken haben Sie auf Seite 18 Ihrer Stellungnahme als nicht ausreichend bezeichnet. Frau Hauser, Sie haben die

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Anpassung der Löschfristen ins Spiel gebracht. Mich würde jeweils interessieren, was Sie konkret damit meinen. Was müsste bei den Datenbanken, die es ja gibt, konkret geändert werden, oder wie müssten sie erweitert werden, Herr Professor Dr. Sinn? Und was müsste bei den Löschfristen konkret geändert werden, Frau Hauser?

**İlayda Bostancıeri (GRÜNE):** Auch von unserer Seite vielen Dank für die Stellungnahmen und Ihr Mitwirken bei dieser Anhörung.

Meine erste Frage ist an alle Sachverständigen gerichtet. Wir sind uns wohl darüber einig, dass organisierte Kriminalität in NRW ein sehr relevanter Kriminalitätsbereich ist und dass die Polizei hier bereits mit den zur Verfügung stehenden Kräften enorme Anstrengungen unternommen und Erfolge erzielt hat. Die Empfehlungen teilen sich – so verstehen wir das – grundsätzlich in zwei Bereiche auf, nämlich zum einen Empfehlungen mit Bezug zu Personal und zum anderen sonstige, weitere Empfehlungen. Ich würde gern auf den zweiten Teil eingehen. Darüber, dass mehr Personal immer sinnvoll und richtig ist und die Kripo hier einer besonderen personellen Unterstützung bedarf, sind wir uns auch einig, denke ich. Meine Frage ist aber, welche Unterstützung die Polizei in NRW zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere der Mafiakriminalität, jenseits der Personalfrage braucht.

Ich habe noch eine weitere Frage an Dr. Zora Hauser. Sie verweisen in Ihrer Stellungnahme darauf, dass Aus- und Fortbildung nicht rein juristischer Natur sein, sondern ein ganzheitliches Verständnis des Phänomenbereichs vermitteln sollten. Welche Fachbereiche müssen denn noch mit einbezogen werden?

**Marc Lürbke (FDP):** Sehr geehrte Sachverständige, erst einmal vonseiten der FDP ganz herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen, die für uns sehr hilfreich sind. Das Thema „OK“ beschäftigt uns ja seit vielen Jahren massiv. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Es gibt eine ganze Fülle von Maßnahmen, die eigentlich nötig wären. – Meine Fragen in dieser Runde richten sich an alle Sachverständigen. Ich versuche aber, sie kurz und knapp zu halten.

Erstens. Wenn wir eine Fülle von Maßnahmen brauchen, ist natürlich die Frage, wie man sie priorisieren kann. Welche Maßnahmen sollte das Land Nordrhein-Westfalen denn nach Ihrer Einschätzung jetzt mit höchster Priorität ausführen, und welche Maßnahmen sollten dann nachfolgen? Ein kluger Mann hat mal gesagt: Keine Arme, keine Kekse.

(Nadja Lüders [SPD]: Ui! Wortprotokoll?)

Deswegen ist es ganz wichtig, dass man hier in einer gewissen Reihenfolge vorgeht, auch wenn wir uns natürlich mehr wünschen würden.

Zweitens: Stichwort „Vermögensabschöpfung“. Was ist hier nötig, um effektiver ans Geld zu kommen? Insofern ist die Frage: Haben Sie Erkenntnisse über Erfahrungen aus anderen EU-Ländern oder dem UK, was dort zu einer erfolgreichen Vermögensabschöpfung geführt hat, und gibt es da entsprechende Untersuchungen, bzw. haben

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Sie eine konkrete organisatorische Empfehlung, wie wir die Vermögensabschöpfung durch den Rechtsstaat effizienter gestalten können? Wenn Sie da ein Best-Practice-Beispiel haben: Immer her damit.

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Ich habe eine kurze ergänzende Frage. Als Vorsitzender des Rechtsausschusses wüsste ich gerne: Was müssen wir ändern, um das Zusammenspiel von Polizei und Staatsanwaltschaft zu verbessern?

**Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD):** Auch ich möchte mich im Namen meiner Fraktion bei den Gutachtern für ihre Stellungnahmen und für ihre Bereitschaft, uns heute hier Rede und Antwort zu stehen, bedanken. – Ich habe drei Fragen, die sich insbesondere an die Vertreter der Gewerkschaften richten.

Die erste Frage bezieht sich auf die IT-Zulage. In den Stellungnahmen wurde eine Zulage von 1.000 Euro gefordert. Einen solchen Vorschlag haben wir auch schon gemacht. Wie bewerten die Sachverständigen den Umstand, dass wir von der AfD bereits seit Jahren die Einführung einer Zulage für IT-Experten bei der Polizei in Höhe von monatlich 1.000 Euro fordern und dies von allen anderen Fraktionen jedoch abgelehnt wird?

Was die IT angeht, habe ich eine zweite Frage, und zwar zu etwas, was man auch in den Stellungnahmen lesen konnte. Wenn es nicht die finanziellen Anreize sind, wie könnte man dann trotzdem die IT-Experten gewinnen bzw. sie halten?

Bei der dritten Frage geht es um den Verfassungsschutz und die Einbeziehung des Verfassungsschutzes in die Abwehr von OK. Ähnlich wie bei meiner ersten Frage wüsste ich gerne: Wie bewerten Sie den Umstand, dass unsere Anträge, die das auch gefordert haben, von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurden und somit auch Ihre Forderungen von diesen Fraktionen abgelehnt wurden?

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Recht herzlichen Dank für die Fragen. – Jetzt werde ich den Sachverständigen in der Reihenfolge, in der sie im Tableau aufgeführt sind, das Wort erteilen, damit sie nacheinander die an sie gerichteten Fragen beantworten können.

**Michael Maatz (Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen):** Ich darf mich im Namen der GdP recht herzlich für die Gelegenheit bedanken, eine Stellungnahme abzugeben und heute an der Anhörung teilzunehmen. – Die erste Frage war, ob wir in Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung der OK ausreichend gewappnet sind. Das verneinen wir. Wir haben in diesem Bereich mit Sicherheit Handlungsbedarf. Es wäre notwendig, dass wir die OK-Dienststellen entsprechend ausbauen und intensiver ermitteln. Wir gehen hier von einem gewaltigen Dunkelfeld aus, das dringend aufgeheitelt werden muss. Die Straftaten, die uns in dem Bereich bekannt werden, sind sozusagen ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir sind davon überzeugt,

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

dass wir es in diesem Bereich mit enormen Straftaten zu tun haben, die uns nur nicht bekannt sind.

Welche Gefahren gehen davon aus? Bei OK handelt es sich um einen Bereich von hoch professionellen Tätern, die in allen Deliktsbereichen unterwegs sind und auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Sie erzielen Milliarden Gewinne und richten enormen volkswirtschaftlichen Schaden an, weil die Gewinne wieder in den legalen Geldkreislauf eingeführt werden. Diese Gefahren sind da. Daher muss OK auch dringend bekämpft werden.

Die internationale Zusammenarbeit muss dringend verbessert werden. OK macht an den Grenzen nicht halt. Gerade mit den Nachbarländern von Nordrhein-Westfalen müssen wir uns stärker zusammentun, intensiver austauschen und enger zusammenarbeiten. Es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Bereich besser werden. Italien hat vorgemacht, wie man OK intensiv bekämpfen kann. Die Bekämpfung mafiöser Strukturen in Italien war ein sehr langwieriger Prozess. Aber damit ist man dort letztendlich auch erfolgreich – womit ich nicht sagen will, dass es die Mafia in Italien nicht mehr gibt.

Das Dunkelfeld habe ich gerade schon angesprochen. Dazu müsste intensiv geforscht werden. Wir gehen von einem gewaltigen Dunkelfeld aus. Man müsste sich Gedanken darüber machen, wie man diesen ganz wichtigen Bereich wissenschaftlich durchleuchtet, indem man Erhebungen durchführt und Erkenntnisse zusammenführt, um festzustellen, wie groß dieses Dunkelfeld ist, und welche Maßnahmen geeignet sind, um dagegen vorzugehen.

Von den Grünen wurde eine Frage nicht zum Personal, sondern zu den Sachressourcen gestellt. Unsere Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Deliktsbereich arbeiten, müssen top ausgestattet sein, um erfolgreich zu sein, und auf diese Aufgabe top vorbereitet werden. Da sind wir sicherlich in Nordrhein-Westfalen in Teilbereichen defizitär, sodass Nachholbedarf besteht. Außerdem sollten wir für die Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich arbeiten, durch ein Personalentwicklungskonzept Anreize dahin gehend schaffen, dass sie ein paar Schritte weiterkommen, was Beförderung und vieles mehr angeht. Diese Kolleginnen und Kollegen müssen wir auch fördern, weil sie in einem Bereich eingesetzt sind, der sehr arbeitsintensiv ist, viel Zeitaufwand erfordert und ihnen eine Menge abverlangt.

Bezüglich einer Priorisierung von Maßnahmen kann ich nur sagen: Aus unserer Sicht ist ganz wichtig, dass wir die OK-Dienststellen insbesondere mit Personal stärken. Denn wenn kein Personal da ist, können wir uns über andere Dinge zwar Gedanken machen, sie aber nicht umsetzen.

Bei der Vermögensabschöpfung ist dringend eine Verbesserung erforderlich. Beweislastumkehr ist etwas, was wir als GdP, aber auch andere seit Jahren fordern. Leider passiert da nicht viel. Aktuell gibt es ein Beispiel aus Berlin, das jetzt durch die Presse geht und den Rechtsstaat nicht gut aussehen lässt. Dem Remmo-Clan – er ist hinreichend bekannt – gehören 77 Immobilien. Sie wurden alle beschlagnahmt. Dazu sind

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

intensivste Ermittlungen durchgeführt worden. Ein Gericht ist nun zu der Erkenntnis gekommen, das alles reiche nicht. Letztendlich sind die Immobilien wieder freigegeben worden. Dagegen ist Beschwerde eingelegt worden. Es ist also noch nicht abschließend entschieden. Aber das zeigt, wo der Hase im Pfeffer liegt. Hier sind deutliche Verbesserungen notwendig, um dann auch erfolgreich zu sein. Denn es tut den Tätern in diesem Bereich besonders weh, wenn Vermögenswerte eingezogen werden und für alle Zeiten weg sind.

Bei der Aus- und Fortbildung, zu der ich schon kurz etwas gesagt hatte, müssen wir dringend besser werden. Die Fortbildung muss durch das LAFP neu konzeptioniert werden. Gerade in den speziellen Bereichen brauchen wir auch Lehrende mit entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen, die für eine gewisse Zeit ins LAFP wechseln. Da haben wir Defizite, die man sich, wenn man nicht in dem Bereich tätig ist, gar nicht vorstellen kann. Die Stellen sind in der Regel Bandbreitenstellen, die mit A9 bis A11 bewertet sind. Dafür bekommt man keine Experten. Das heißt, dass wir mit dem vorliebnehmen müssen, was da ist. Sehr hilfreich wäre hier ein vernünftiges Personalentwicklungskonzept, das die Möglichkeit eröffnet, wenn man ein paar Jahre in der Bildung tätig gewesen ist, dann auch bei der Polizei im gehobenen Dienst weiterzukommen.

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ist aus unserer Sicht in den letzten Jahren deutlich besser geworden. Auch da gibt es sicherlich noch Optimierungsbedarf.

Eine IT-Zulage von 1.000 Euro im Monat ist schon eine Macht. Wir kümmern uns um Zulagen und sind immer daran interessiert, dass die Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen, ob KiPo oder IT, Zulagen bekommen. 1.000 Euro halten wir allerdings für völlig überzogen. Das ist unrealistisch. Dass man in speziellen Bereichen Zulagen gewähren sollte, steht außer Frage. Die IT-Experten benötigen wir in vielen Bereichen. Sie müssen eingestellt werden und gehalten werden. Das ist ganz wichtig. Viele, die zu uns gekommen sind, gehen wieder, weil sie in der freien Wirtschaft oder in Kommunen bessere Angebote bekommen bzw. besser bezahlt werden. Da müssen wir als Polizei gegenhalten und attraktiver werden. Das ist der Schlüssel zum Erfolg, glaube ich. Es geht darum, Anreize zu schaffen. Dass Entwicklungsmöglichkeiten da sind, sodass man weiterkommen kann und sich entsprechend entwickeln kann, ist ganz wichtig. Dann haben wir vielleicht nicht mehr so viele Abgänge wie heute. Und wir brauchen im IT-Bereich Topexperten. Diese Topleute kriegen wir aber nicht für EG11. Das muss man ganz klar sagen. Da muss es Anreize in der Form geben, dass sie entsprechend bezahlt werden, damit wir konkurrenzfähig sind. Das ist in vielen Bereichen nicht der Fall.

**Erich Rettinghaus (Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen):** Ich gehe die Fragen auch der Reihe nach durch. – Wie ist NRW für die Gefahren durch die organisierte Kriminalität gewappnet? Wir sind bedingt gewappnet. Wie wir aus den Medien und aus der Erfahrung in täglichen Diensten wissen, werden wir auch gelegentlich überrascht, zum Beispiel in Essen durch Clans, die auf der Straße

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

auftauchen, sich Stühle um die Ohren schmeißen und sogar auf der Straße schießen, oder in Duisburg-Hamborn durch ein paar Rocker, die sich bekriegen, wobei auch noch Schüsse fallen.

Darauf antworten wir natürlich mit einer mobilen Videoüberwachung und sonstigen Maßnahmen. Wir machen als Polizei im Bereich „OK“ viel. Seit 2017 hat sich viel geändert. Dazu gehört vor allem, dass heute die Politik betrieben wird, Präsenz zu zeigen. Man zeigt, dass man da ist, damit der Clan auch merkt, dass er bekämpft wird. Es ist wichtig, im Kleinen anzugreifen und auch Kontrollen durchzuführen, damit der Clan weiß: Wir stehen da und sind da, und wir kriegen euch.

Ganz wichtig ist aber die Nachhaltigkeit der Vermögensabschöpfung. Da haben wir riesigen Nachholbedarf. Das wurde gerade schon angesprochen. Es kann nicht sein, dass wir die Vermögenswerte anschließend wieder aushändigen müssen. Dadurch wird der Staat schwach; die Polizei und alle daran Beteiligten werden als schwach wahrgenommen. Und ein Staat, der sich wissentlich schwach macht, wird nicht ernst genommen. Dann nimmt sich die OK – egal ob es Clans, Rocker, Mafia oder Sonstige sind – jedes Mal ein Stück mehr vom Kuchen.

Es gibt verschiedene Strukturen. Das wissen Sie alle. Clans und Rocker setzen auf ein martialisches Auftreten – bei ihnen gehört das zum Programm –, um später im Verborgenen die Geschäfte besser machen zu können. Sie arbeiten mit Angst und Einschüchterung von Geschäftsleuten, von Menschen, von Polizei und von anderen Beteiligten. Der Rest der OK – die italienische OK und was es sonst noch alles gibt – macht es natürlich im Verborgenen; denn man möchte ungestört Geld verdienen und das Geld auch ungestört behalten.

Was können wir aus Italien mitnehmen? Auch das haben wir heute schon gehört. Ein entscheidender Punkt sind verbesserte Rechtsvorschriften. Hier geht der Blick nach Berlin. Wir haben zahlreiche Ideen gehabt, die natürlich in Berlin umzusetzen wären. Das sind die Beweislastumkehr und die Bargeldobergrenze, um nur zwei Dinge kurz zu nennen. Diese Möglichkeiten bekommen wir als Ermittler aber nicht. Das wird in Berlin nachhaltig blockiert, was uns die Arbeit erschwert.

Das ist auch eine ganz einfache Antwort auf die Frage, warum wir nicht so effektiv sind wie andere Länder. Hinzu kommt noch, dass uns entsprechende Ermächtigungen für Telekommunikationsüberwachung und sonstige Maßnahmen fehlen. Da müsste man ein bisschen weiter gehen und sollte nicht immer den Datenschutz so hoch hängen, dass das ganze Land darunter leidet. Die Menschen wollen hier schließlich sicher leben.

Auf die Niederlande zu schauen, ist natürlich interessant. Da hängt viel mit der Freigabe von Cannabis zusammen. Deswegen kann ich nur davor warnen, Cannabis freizugeben. Davon sollten wir tunlichst die Finger lassen. Denn letztendlich geht es um den THC-Wert, und die OK wartet nur darauf, dass sie dann den Markt mit Pflanzen bedienen kann, die so stark sind, dass die Blätter gar nicht gepflückt werden können, woraus hinterher ein toller THC-Wert wird. Ich habe jetzt ein bisschen übertrieben; sehen Sie mir das bitte nach. Aber darum geht es letztendlich. Diesen Bereich wird die organisierte

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Kriminalität dann in NRW und in Deutschland sofort besetzen. Deswegen muss man den Anfängen wehren. Das darf eigentlich nicht passieren. Es wird uns auf die Füße fallen.

Das war der Blick nach Holland. Und dann werden auch Politiker und Reporter auf offener Straße erschossen. Das droht dann vielleicht auch in anderen Ländern. Von Schweden möchte ich jetzt gar nicht erst reden. Da hat man lange Zeit vieles verschlafen.

Wie kann man das Dunkelfeld erhellen? Durch eine gute Präventionsarbeit, indem man Opfer, Geschäftsleute und alle Beteiligten, die im Fokus der OK sind, weil dort Geld generiert wird, nicht alleine lässt. Natürlich ist es schwierig, in die Strukturen hineinzukommen. Genauso schwierig ist es für die Polizei, Geschäftsleuten Schutz zu bieten, damit sie kein Schutzgeld mehr zu bezahlen brauchen oder ihre Waren nicht mehr von bestimmten Händlern beziehen müssen. Ich weiß, dass das sehr schwierig ist. Aber das wäre eine Möglichkeit. Man sollte die Opfer nicht alleine lassen, gerade in diesem Bereich nicht. Wenn man da einmal angefangen hat, entsteht vielleicht ein Dominoeffekt, sodass der eine oder andere noch hinzukommt. Es geht also um weniger Raum für organisierte kriminelle Machenschaften in Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Jenseits von Personal wird vieles gebraucht. Wir haben vieles aufgeführt, was leicht umgesetzt werden könnte und dann mit einem ja nicht endlos mehrbaren Personalkörper gemacht werden kann, wenn wir durch Gesetze aus Berlin das entsprechende Handwerkszeug bekommen – die Beweislastumkehr, die Bargeldobergrenze und alles das, was wir geschrieben haben. Das ist wichtig für die Ermittlungen und auch für gute Ergebnisse. Es würde uns – jenseits von Personal – die Arbeit erleichtern.

Dass ein personeller Aufwuchs notwendig ist, ist unbestritten. Man muss aber auch realistisch sein und zum einen die Haushaltslage betrachten. Zum anderen ist auch klar, dass Personal nicht ab sofort unendlich mehrbar ist. Dass daran viel Fortbildung hängt, haben wir schon gehört. Das liegt auf der Hand. Insofern ist das nicht von heute auf morgen zu machen.

Was können wir also noch tun? Wir können über eine Entlastung von Ermittlungstätigkeiten zu Delikten der leichten und mittelschweren Kriminalität nachdenken. Es ist wirklich die Frage, ob heutzutage alles noch bis ins Detail ausermittelt werden muss. Dazu nenne ich Ihnen ein Beispiel. Ich bestelle auf irgendeiner Plattform im Internet ein iPhone 15 Pro Max, das sonst 1.600 Euro kostet, für 210 Euro. Dann muss ich mich doch nicht wundern, wenn ich im Paket nur einen Dummy oder einen Ziegelstein finde. Das heißt: Ein bisschen Eigenverantwortung der Menschen müssen wir voraussetzen.

Ich frage mich wirklich, ob man alles noch bis ins Letzte ausermitteln muss und zum Beispiel bei eBay entsprechende Aktionen durchführen muss, wenn die Ergebnisse nach aller polizeilichen Erfahrung so aussehen, dass es kaum zu Verurteilungen kommen wird. Die Ermittlungen müssen natürlich zwischen Justiz und Polizei abgesprochen werden; denn Herrin des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Aber vielleicht muss man auch grundsätzlich darüber nachdenken, was man eigentlich noch leisten kann, ohne andere Bereiche zu vernachlässigen. Denn jedes Mal nur an der Tischdecke zu ziehen, die eindeutig zu kurz ist, führt uns ja auch nicht weiter. Über die Personalsituation zu jammern, führt uns auch nicht weiter. Über wenig Geld zu jammern, führt uns auch nicht weiter. Denn wir wollen effektive, gute Arbeit machen, und wir wollen Ergebnisse haben. Das ist letztendlich wichtig.

Ein weiterer Bereich ist die administrative Unterstützung der Ermittler, also der Sachbearbeiter, durch Regierungsbeschäftigte. Dieser Weg wird auch schon gegangen. Die Einstellung von Experten ist ebenso erforderlich.

Vor allem ist es notwendig, digitale Prozesse ausbauen. Im Bereich der Digitalisierung haben wir ein Riesendefizit. Zwar gibt es Verbesserungen bei Software. Aber da wäre viel mehr zu machen. Hier erinnere ich an die Auswertung von Datenmengen, die man ja gar nicht mehr begreiflich darstellen kann. Inzwischen haben wir es nicht mehr mit Terabyte zu tun, sondern mit sehr viel mehr. Das ist kaum noch zu bewältigen. Dadurch, dass Kolleginnen und Kollegen oder Regierungsbeschäftigte die Auswertung vornehmen müssen, geht viel an Ressource verloren. Das ist mit Sicherheit optimierbar. Daran sollte man auf jeden Fall arbeiten.

Dazu, was ich für NRW als prioritär ansehe, habe ich jetzt schon viel gesagt. Die Vermögensabschöpfung und auch die anderen Punkte, die ich genannt habe, sollten in NRW Priorität haben. Vieles kann man in NRW nicht lösen oder auf den Weg bringen. Das muss tatsächlich in Berlin durch den Gesetzgeber passieren. Dann könnten wir aber in den Ländern auch unsere Arbeit besser machen.

Was verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz angeht, sind wir bereits einen guten Schritt weiter. Wir haben Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingeführt. Das bringt uns schon voran. Es ist mit Sicherheit noch optimierbar. Aber das ist schon einmal ein guter Weg.

Ja, eine IT-Zulage könnten wir einführen. Mir würden auch noch zehn weitere Bereiche einfallen, in denen eine Zulage angemessen und angebracht wäre. Aber auch da muss man realistisch sein und sagen: Wie kriegen wir das denn gerecht hin? Und wie kriegen wir das vor allem mit einem öffentlichen Recht hin, das derzeit ein bisschen veraltet ist? – Ich kann jetzt nicht irgendwelchen Gesprächen zu einer Modernisierungsoffensive, die vielleicht stattfinden, vorgreifen. Aber da haben wir Handlungsbedarf, und zwar in vielen Bereichen. Es geht also nicht darum, nur in einem Bereich draufzusatteln und eine eigene Zulage zu schaffen. Vielleicht sollten wir das gesamte Dienstrecht in einem großen Wurf etwas modernisieren und nicht viele kleine Würfe machen. Damit kämen wir auch viel weiter als mit dem Abstellen auf einzelne Zulagen – obwohl sie durchaus verdient sind, gerade auch im IT-Bereich, wie im Auswertebereich, im belasteten Bereich. Es gibt noch viele andere Bereiche, in denen Zulagen ebenso angemessen und angebracht wären.

Wie kann man Experten halten? Zunächst einmal durch eine angemessene Besoldung, eine angemessene Versorgung und einen sicheren Job. Vielleicht sollten wir

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

auch darüber nachdenken, die Verbeamtung zu erleichtern. Auch das gehört zu einem modernen Dienstrecht. Andere Länder machen uns das bereits vor. Der Konkurrenzkampf zwischen den Ländern und mit der freien Wirtschaft ist Realität. Da darf man als NRW auf keinen Fall hinterherhinken. Die Verbeamtung ist ein Argument – man verdient zwar weniger Geld, aber der Job ist sicher –, das durchaus zieht, auch wenn die freie Wirtschaft gerade ganz viel Geld in die Hand nimmt, um auch das Personal zu bekommen, das sich für den öffentlichen Dienst interessiert. Der Kampf um gute Köpfe wird also nicht leichter. Trotzdem müssen wir uns ihm stellen und dann als Land auch das Beste machen, um die Experten zu kriegen.

Zum Verfassungsschutz haben wir uns schon in mehreren Anhörungen ausgiebig eingelassen. Ich weiß, dass es in anderen Ländern da ein paar rechtliche Schwierigkeiten gab. Das bietet aber für NRW umso mehr die Chance, mit einem vernünftigen Gesetz dafür zu sorgen, dass auch der Verfassungsschutz in die Ermittlungen im Bereich der organisierten Kriminalität eingreifen kann und vor allem auch Informationen ohne Strafverfolgungszwang an die Polizei weitergeben darf. Das wäre schon erleichternd. Hier verweise ich auf unsere Stellungnahme. Wir würden dafür stehen und hätten das lieber heute als morgen.

**Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Nordrhein-Westfalen):** Auch wir bedanken uns für die Möglichkeit, Ihnen Fragen zu beantworten, eine Stellungnahme abzugeben und für das Thema Gehör zu finden. – Die erste Frage der SPD lautete, ob das Land Nordrhein-Westfalen für die OK-Bekämpfung ausreichend gewappnet ist. Sie wissen, wo ich – als einziger Landesvorsitzender, der das im Ehrenamt macht – meine Brötchen verdiene. Ich kann Ihnen sagen, dass meine Kolleginnen und Kollegen in den OK-Dienststellen sich redlich Mühe geben, hohe Belastungen auf sich nehmen und sehr flexibel sind, was die Konzeptionierung ihrer Work-Life-Balance angeht, wobei das Life da weniger eine Rolle spielen wird und kann. Auch die Staatsanwaltschaften tun ihr Bestes. Trotzdem ist das System, so wie wir es jetzt haben, überlastet. Auch das Justizsystem ist überlastet, sowohl seitens der sachleitenden Staatsanwaltschaften als auch seitens der erkennenden Gerichte. Ich werde Ihnen auch gleich sagen, warum.

Die Gefahren, die drohen, sind nicht zu unterschätzen. Gegenüber dem Terrorismus wird die OK ja immer ein bisschen stiefmütterlich behandelt. Bei der Terrorismusbekämpfung ist es so, dass wir die Gefahr von Leib und Leben sofort sehen und immer wieder froh sind, wenn die Sicherheitsbehörden es – leider häufig durch die Hinweise unserer ausländischen Partner, die diese uns dankenswerterweise geben – schaffen, vermeintliche Terroristen festzunehmen und Gerichtsverfahren zuzuführen, womit sie ganz offensichtlich auch Leib und Leben unserer Bevölkerung schützen.

Wenn Sie organisierte Kriminalität bekämpfen wollen und verstehen wollen, warum sie demokratiegefährdend ist, müssen Sie in Dekaden denken und nicht von jetzt auf gleich. Das sieht man zum Beispiel am italienischen Staat. Er ist nach der entsprechenden Gebietsreform ungefähr 150 Jahre alt, und Sie wissen ja, was in Italien los ist.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Man braucht den Fokus aber auch nur auf andere europäische Länder zu richten. Dann sieht man, dass 30 km von uns entfernt, wenn der Baum so richtig brennt, Vertreter von Professionen ermordet werden, die wir in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wiederfinden. Dort wird ein Pressevertreter, der für die Pressefreiheit steht, auf offener Straße erschossen, weil er seinen Job macht. Ein Rechtsanwalt, der für das Rechtsstaatsprinzip steht, kann nicht mehr aus dem Haus gehen, weil er einen Kronzeugen verteidigt, und wird erschossen.

Wenn das in Nordrhein-Westfalen passieren würde, will ich nicht wissen, wie hoch hier der politische Druck und auch der Druck der Bevölkerung wären. So etwas wollen wir alle nicht haben. Es passiert 30 km von uns entfernt. Das macht an den Grenzen nicht halt.

Das müssen Sie wissen, wenn Sie sich mit organisierter Kriminalität auseinandersetzen. Es ist nicht nur so, dass die Bevölkerung Response erwartet, sondern am Ende des Tages wird unsere Demokratie untergraben, wenn wir dem keine Zeichen entgegenzusetzen. Es handelt sich also um ein hochgefährliches Thema, mit dem wir uns hier auseinandersetzen müssen. Wir haben als OK-Ermittlerinnen und -Ermittler tatsächlich den Auftrag, die Demokratie zu verteidigen. Das muss uns allen klar sein.

Die nächste Frage war, was wir aus den Niederlanden – ich würde Belgien mit hinzunehmen – und Italien lernen können. Lernen können wir da vieles. Es sind – meine Vorredner haben das schon angesprochen – die kleinen Stellschrauben wie Bargeldobergrenzen. Sie wissen, wofür sie dienlich sind. Ich muss das hier nicht erläutern; denn Sie sind ein Fachpublikum.

Was diese Länder uns allerdings weit voraushaben – und diese Schritte gehen wir in NRW; sie müssen aber viel größer sein –, ist der administrative Ansatz. Die Niederländer und die Belgier haben eigene Gesetze, die es erlauben, dass Kommunen sich mit Sicherheitsbehörden an einen Tisch setzen können, sich austauschen können und Strategien entwickeln können. Das machen sie im Staatsschutz auch schon; sie haben Fallkonferenzen für Gefährder etc. pp. Aber die Kommunen werden auch durch die Polizei beraten. Dann kommt es zu gemeinsamen Ergebnissen. Dafür gibt es eigene Gesetze.

Wir stellen jetzt fest, dass wir bei dem Thema „Steuern“ immer wieder Problematiken haben. Hier nenne ich das Projekt MISSIMO im LKA. Die Kommunen haben Schwierigkeiten, das Projekt anzunehmen und einen Abgleich vorzunehmen, also zu schauen, wie viele Schülerinnen und Schüler in den Schulen gemeldet sind, wie viele tatsächlich anwesend sind und wer Kindergeld kriegt. Das sind steuerrechtliche Fragestellungen. Da brauchen die Kommunen Unterstützung. Sie bekommen sie auch, gerade durch die Ruhr-Konferenz. Aber da ist noch sehr viel Luft nach oben. Wir müssen die Kommunen ertüchtigen, ihre Aufgabe in der Sicherheitsarchitektur in Nordrhein-Westfalen anzunehmen und auch zu erfüllen. Das bedarf Personal, Expertise und einer intensiven Zusammenarbeit. Wir sind da auf dem richtigen Weg. Aber die Schritte sind zu klein. Denn gerade mit diesem administrativen Ansatz lässt sich viel regeln.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

In der Reggio Calabria, in der die 'Ndrangheta ihr Unwesen treibt, gibt es 30 Staatsanwälte. 15 von ihnen bearbeiten allgemeine Kriminalität bis hin zum Tötungsdelikt, und die anderen 15 kümmern sich um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Alle 30 machen einen guten Job. Aber wissen Sie, was die 15, die sich mit der OK beschäftigen, an Geld hereinbringen, das präventiv beschlagnahmt wird? Hunderte Millionen Euro im Jahr über die präventive Beschlagnahme von Geld – Thema „Beweislastumkehr“. Da ist viel zu holen und viel zu tun. Die italienischen Behörden haben genau verstanden, wie man der 'Ndrangheta das Wasser abgräbt: indem Immobilien präventiv beschlagnahmt werden. In Kalabrien stehen im Aspromonte-Gebirge Villen mitten im Naturschutzgebiet, weil es fast niemanden interessiert, ob da gebaut wird oder nicht, und diejenigen, die es interessiert, sich nicht trauen, sich zu melden.

Da geht es auch um die Frage, wie man mit Inhaftierten umgeht, die Mitglieder einer kriminellen Vereinigung sind. Zudem geht es präventiv zum Beispiel um die Fragestellung, die da auch von der Justiz begleitet wird, wie man eigentlich mit Kindern umgeht, die von 'ndranghetischen Familien mit der Schwarzen Pädagogik – so steht es in der sozialwissenschaftlichen Sekundärliteratur – erzogen werden. Dieses Thema haben wir hier auch auf dem Tisch.

Und wie geht man mit dem Gesetz der Omertà um, also dem Schweigegebot, wenn eine solche Vereinigung sich ganze Gebiete unterwirft und alle schweigen?

Sie wissen schon, weil Sie das im Rechtsausschuss behandelt haben, dass das Ermittlungsverfahren zu Castrop-Rauxel wegen der Beweislage eine Einstellung nach § 170 II StPO erfahren hat. Aber Sie wissen auch um die Zwischentöne. Was hat uns die Presse denn berichtet? Welche Bürgerinnen und Bürger wollten denn mit der Presse über das Phänomen reden, über das, was sie da festgestellt haben, unter Zusage der Anonymisierung? Kein Mensch. Wer hat denn von den Tätern mit uns geredet? Hat uns jemand gesagt, Opfer einer herausragenden Straftat geworden zu sein? Da spielten versuchte Tötungsdelikte eine Rolle. Kein Mensch hat mit uns geredet – kein Täter, kein Opfer, nicht die Zivilbevölkerung.

In Italien kennt man das unter dem Prinzip der Omertà. Wissen Sie, was dort gemäß Art. 416 bis – ähnlicher Mafia-Paragraf wie bei uns – strafbar ist? Wenn man das Gesetz des Schweigens auf die Straßen bringt. Das können wir auch von den Italienern lernen. Wir haben das hier schon jetzt.

Die nächste Frage der SPD-Fraktion lautete, welche Fehler man vermeiden sollte. „Fehler vermeiden“ heißt: nicht rückwärts denken, sondern vorwärts, Dinge seismografisch wahrnehmen, Mut zu politischen Entscheidungen haben, nicht zerreden und nicht darüber weggucken, sondern Dinge wahrnehmen. Wie lange wollen wir uns denn Zeit geben, solche Phänomene wie in Essen und Castrop-Rauxel mit dem Schweigen auf den Straßen zu dulden? Wie lange wollen wir denn mit präventiven Maßnahmen zur Beschlagnahme von Immobilien warten? Worauf wollen wir denn warten? Sollen wir die nächste Dekade abwarten, bis der Laden hier zusammenbricht? Oder packen wir das Thema jetzt an?

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich kann Ihnen nur den Mut zusprechen, das Thema anzupacken. Dafür müssen Sie dann Entscheidungen fällen, die dem einen oder anderen vielleicht wehtun. Möglicherweise muss man auch mal eine Abkehr von dogmatischen Erwägungen, die man in der Vergangenheit vor sich hergetragen hat, vornehmen. Aber der Mut zur Entscheidung gehört dazu.

Ich vertrete ja meine in dem Bereich tätigen Ermittlerinnen und Ermittler. Wir tun unser Bestes. Aber Sie müssen uns dabei schon unterstützen. „Uns dabei unterstützen“ bedeutet, uns einen entsprechenden Rahmen für kriminalpolizeiliche Arbeit zu geben und ein Rechtsinstrumentarium zur Seite zu stellen, mit dem wir auch obsiegen können. Wenn Sie das wollen und uns lassen, dann können wir auch.

Nun zum Dunkelfeld: Ich habe das in meiner Stellungnahme skizziert. Als Bund Deutscher Kriminalbeamter dürfen wir Ihnen keine statistischen Daten offerieren, die den Sicherheitsbehörden vorliegen. Sie müssten vielleicht mal im LKA bzw. bei unserem Innenministerium nachfragen, wenn Sie wissen wollen, was es an Daten zu Verfahren aus den Töpfen Sky-ECC, EncroChat usw. gibt. Mittlerweile gibt es ja vier Datentöpfe kryptierter Kommunikation. Wir haben sie nicht selbst sichergestellt. Zwar ist bei dem einen Topf auch national etwas unternommen worden. Aber die anderen drei Töpfe haben wir nur wegen unserer europäischen Partner.

Sie kennen den Hintergrund. Die Serverstrukturen stehen im Ausland. Die Server sind angegriffen worden. Es gab Firmen, die diese Server genutzt haben, um den Tätern Mobiltelefone zu verkaufen, mit denen sie kryptiert kommunizieren konnten. Die Daten lagen alle auf den Servern.

Wir haben nun Teile dieser Daten. Bei Sky-ECC liegen über 1 Milliarde Daten in Form von Textnachrichten vor. Die Hälfte ist dekryptiert. Wir erwarten jetzt Country Packages. Wenn Sie den Königsteiner Schlüssel drauflegen, sehen Sie, was das für Nordrhein-Westfalen bedeutet. Kein Verfahren dieser Couleur wird beim Schöffengericht angeklagt. Sie gehen alle zur Landgerichtsbarkeit. Haben wir eigentlich genug Landgerichtskammern dafür? Bei Cum-Ex haben Sie nachgesteuert. In keinem Verfahren wird unter vier Jahren bestraft; das verspreche ich Ihnen. 99,999 % der Nutzer waren OK-Täter – Waffenhandel, Rauschgift, Auftragsmorde, Menschenhandel. Bitte potenzieren Sie den gruseligsten Krimi, den Sie je gelesen haben. Dann wissen Sie, was in der Realität da tatsächlich gebacken ist. Das erwartet uns jetzt noch.

Wissen Sie, wo diese Verfahren liegen? Auf Haufen. Da hat nicht ein Sachbearbeiter ein Verfahren. Die Verfahren liegen auf Haufen, weil wir natürlich justiziable Entscheidungen herbeiführen wollen. Dafür muss man schon noch auf den Daten ein bisschen klopfen und hier und da etwas objektivieren. Wir werden diese Daten nicht abarbeiten. Zehn Jahre lang – Sie haben die Statistik; die SPD hat es abgefragt – gab es bei den Ermittlerinnen und Ermittlern keine signifikante Steigerung. Die Daten liegen bis zur Decke. Das gleiche Phänomen haben wir bei Kinderpornografie. Sie wissen, was wir da zu bearbeiten haben.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich will diese Verfahren nicht in einen Vergleich zu anderen Delikten stellen und sagen, was nun mehr Wert oder weniger Wert hat. Aber wenn Sie da keine Response für den Staat entwickeln und die Bevölkerung das mitkriegt, dann Gute Nacht! Das sind Verfahren der obersten Couleur. Wir haben keine Kapazitäten, sie zu bearbeiten, und für die Live-OK fallen wir aus. „Live-OK“ bedeutet: Ermittlungskommissionen.

Operation Eureka: Das LKA bekommt ein Rechtshilfeersuchen aus Italien. Dann arbeiten wir drei Jahre daran und versuchen, Mitglieder von zwei internationalen kriminellen Vereinigungen einzusperren. Drei Jahre lang dauern die Ermittlungen. Ich selbst führe kein Verfahren mehr unter zwei Jahren; darunter fange ich gar nicht erst an. In Zukunft wird das noch länger dauern. Das kann ich Ihnen fest versprechen.

Wenn Sie wissen wollen, wie groß das Dunkelfeld ist, können Sie alles, was wir jetzt wissen, mit zwei potenzieren. Dann sind Sie, glaube ich, konservativ gut aufgestellt.

Von der CDU gab es eine Frage zum Datenschutz. Wir haben verschiedene Opferrechtsreformgesetze. Mit dem 2. Opferrechtsreformgesetz wurde der § 68 Abs. 2 StPO neu gefasst. Danach können Sie personenbezogene Daten von Opfern und Zeugen im Strafverfahren schützen. Es gibt verschiedene Schutzstufen. Sie müssen ihre personenbezogene Adresse in den Ermittlungsakten nicht offerieren. Es geht hinterher sogar so weit, dass sie einen Tarnnamen nennen können, auch wenn sie offen vor Gericht aussagen.

Die Zeugen haben nach dem letzten Opferrechtsreformgesetz auch die Möglichkeit, in OK-Verfahren Zeugenbeistand zu genießen. Soll ich Ihnen einmal sagen, was ein Rechtsanwalt verdient, wenn er das macht, bei 18 Verhandlungstagen? 200 Euro. In Italien bekommt ein Opferrechtsanwalt, der in OK-Verfahren Zeugen vertritt, 600 Euro pro Tag. In Italien verdient ein Dolmetscher allerdings nur 35 Euro pro Stunde. Bei uns bekommen Dolmetscher 70 Euro pro Stunde, wenn sie nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz bezahlt werden. Wollen Sie Rechtsanwälte, die selbstständig sind, wirklich dafür erwärmen, Zeugen der organisierten Kriminalität beizustehen? Das werden Sie mit diesem Salär nicht schaffen, glaube ich.

Aber das ist ganz wichtig. Wir müssen das weiter validieren. Natürlich müssen wir diese ganzen Opferrechtsthemen und insbesondere die Zeugenschutzthemen weiter in den Fokus rücken.

Es geht sogar noch weiter. Deswegen bin ich der CDU für die Frage sehr dankbar. Ich weiß nicht, ob wir das jetzt schon brauchen. Aber in Holland – ich habe ja gerade erwähnt, wie weit es dort schon gekommen ist – unterschreibt kein Kollege der Kriminalpolizei in Verfahrensakten mit seinem Namen. Die Namen werden alle codiert. Das machen die Holländer nicht aus Spaß. Die Frage ist: Worauf wollen wir hier noch warten? Was soll denn noch passieren, damit der Huth, wenn er die LKA-Mütze aufhat, seine Vermerke nicht mehr unterschreiben muss? – Das ist zu prüfen. Da sind viele Dinge in Abwägung zu bringen, zum Beispiel das Unmittelbarkeitsprinzip vor Gericht. Dafür brauchen Sie mich nicht zu erwärmen. Das kann ich sehr wohl zur Abwägung bringen. Aber der Gedanke in diese Richtung schadet nicht.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dann noch einmal zur rechtsstaatlichen Gefährdung: Ich persönlich kenne kein OK-Verfahren, bei dem nicht die Verwaltung involviert ist – Stichwort „Korruption“. Das sollten Sie bitte auch im Auge haben. OK funktioniert ohne Korruption nicht. Das beginnt mit der Zulassung von Fahrzeugen und geht über das Zurverfügungstellen von sensiblen Informationen in den kommunalen Datenbanken natürlich auch bis hin zur Polizei. Es gibt nicht ein Verfahren in diesem Kontext ohne Involvierung staatlicher Amtsträger.

Wie sieht es mit der Stellensituation aus? Die SPD hat sich die Zahlen von der Landesregierung mitteilen lassen, und ich war so frei, sie in meiner Stellungnahme zu zitieren. Den Spruch „Keine Arme, keine Kekse“ habe ich auch schon mal gehört. Das ist leider so. Auch wenn Sie mir 15, 20 oder 30 Verfahren ins Zimmer legen, habe ich nur eine Tastatur und zehn Finger. Wenn Sie da mehr wollen – und diese Entscheidung werden Sie treffen müssen, und die wird die Polizei auch treffen –, dann haben Sie einiges zu tun.

Die Überstundenbelastung in OK-Dienststellen ist sicherlich herausragend. Da wird Ihnen auch viel abverlangt, weil Sie sehr volatil arbeiten müssen. Wenn Sie morgens ins Büro kommen, hören Sie erst einmal die Telefonüberwachung ab und gucken, was die Täter bis mittags gemacht haben. Dann bereiten Sie die nächsten Ermittlungsschritte vor und dokumentieren. Anschließend begleiten Sie die Täter in den Abend. Diese Menschen gehen ja nicht um 20 Uhr schlafen, sondern sind alle bis 4 oder 5 Uhr morgens unterwegs – und meistens auch international, also in anderen Zeitzonen. Ich kann Ihnen sagen, dass so ein Bürotag bei mir mal 38 Stunden gedauert hat. Das geht meinen Kolleginnen und Kollegen nicht anders.

Wir werden die Analyse der Belastungssituation bei der Kriminalpolizei von der Landesregierung offeriert bekommen, weil die Initiative Pro K da die richtigen Schritte unternommen hat.

Aber zurück zur Stellensituation: Sie wissen – das steht in der Stellungnahme; ich muss und werde es Ihnen hier auch immer wieder vorbeten, bis ich nicht mehr kann –, dass man OK-Ermittlerin oder -Ermittler nicht auf Zuruf wird. Sie müssen dazu entwickelt werden, egal was ihnen in ihrer Vita passiert. Wenn sie rechtsstaatlich vor 40 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in großen Verfahren bestehen wollen, müssen sie eine biografische Vita schreiben. Darum kommen sie nicht herum.

Und Sie halten immer noch an der Ausbildung des Einheitspolizisten fest. Ich habe Ihnen das ausgerechnet. Sie wissen das alles. Sie geben Steuergelder aus, demnächst vielleicht auch für eine sechsmonatige Einführungsfortbildung. Sie gewinnen auf dem Markt aber nicht die Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht direkt zur Kripo wollen, weil sie sich keine schutzpolizeiliche Sozialisation vorstellen können. Sie wissen auch, dass mir alle Direktionen am Herzen liegen und ich die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, egal in welchem Bereich sie bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen tätig sind, wertschätze. Aber wenn Sie solche Ermittler haben wollen, müssen Sie frühzeitig um sie werben, und dann müssen Sie sie auch ausbilden. Das muss alles schnell

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

funktionieren. Wir haben keine Zeit, viereinhalb Jahre zu warten, bis sie dann mal fertig sind.

Ich habe Ihnen das in die Stellungnahme geschrieben: Grundsatzpapier „Szenario Arbeitswelt K“. Das Ministerium hatte die Initiative Pro K. Da hat jetzt eine hervorragende Veranstaltung stattgefunden. Das steht alles darin. Mit den Papieren sind Sie informiert.

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Herr Huth, wir hören Ihnen sehr gerne und mit großem Interesse zu. Mit Blick auf die Zeit muss ich Sie aber leider bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

**Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Nordrhein-Westfalen):** Ich spreche noch ganz kurz drei Punkte an; dann bin ich durch.

Priorisierung von Maßnahmen: Erst muss – das ist ganz klar – die Ausbildung erfolgen; dann kommt alles andere. Außerdem muss man das Personal aufstocken; sonst funktioniert es nicht.

Zulagen für das IT-Wesen: Wir müssen auf dem Arbeitsmarkt entsprechendes Personal gewinnen. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Aber die Zulagen brauchen auch andere Kolleginnen und Kollegen; denn die ITler, die zu uns kommen, arbeiten dankenswerterweise in Netzwerken, und es gibt Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich auch einen guten Job machen.

Verfassungsschutz: Wenn Sie heute schon gar keine Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten für diesen Job kriegen, dann kriegen Sie auch keine Verfassungsschützer; denn die brauchen ebenfalls eine Biografie und eine Vita, um sich mit dem Bereich der organisierten Kriminalität intensiv auseinanderzusetzen. Mich würde wirklich interessieren, wo Sie da das Personal herholen wollen.

**Manuel Ostermann (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft):** Auch wir von der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Ich beschränke mich hier – wie der Name unserer Gewerkschaft schon sagt – im Wesentlichen auf Bezüge zwischen Bundespolizei und Polizeien der Länder.

Grundsätzlich ist auch mit Blick auf das internationale Geschäft der organisierten Kriminalität festzuhalten, dass Deutschland kein Rückzugsland für organisierte Kriminalität ist, sondern ein sogenanntes Aktionsland organisierter Kriminalität; denn Deutschland ist glücklicherweise ein sehr reiches Land, und überall da, wo viele Finanzströme fließen, ist auch die organisierte Kriminalität nicht weit. – Ich breche das jetzt etwas herunter, weil von meinen Kollegen Vorrednern schon Fachkundiges gesagt worden ist und man das hier sicherlich nicht dreimal zu hören braucht.

Mit Blick auf Nordrhein-Westfalen und die Bundespolizei besteht im Bereich der organisierten Kriminalität massiver Handlungsbedarf in Bezug auf die Zusammenarbeit der einzelnen Behörden.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich möchte Ihnen beispielhaft vortragen, was die Bundespolizei in den vier Wochen vom 26. Oktober bis zum 26. November 2023 an den deutschen Grenzen getan hat. Sie hat nämlich das Licht angemacht. Insofern sind 670 Haftbefehle vollstreckt worden sowie 266 Schleuser, 329 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und 173 Verstöße gegen das Waffengesetz festgestellt worden. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das insgesamt, dass wir in diesem Jahr im Bereich der unerlaubten Einreise 4.000 Feststellungen und im Bereich des unerlaubten Aufenthalts 7.700 Feststellungen hatten.

Warum sage ich das? Weil dahinter die menschenverachtenden Schlepperbanden stehen und wir leider konstatieren müssen, dass wir im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere aber auch mit unseren Sicherheitsbehörden im Inland relativ schlecht zusammenarbeiten. Der Grund dafür ist nicht, dass die Sicherheitsbehörden kein Interesse daran hätten. Vielmehr liegt es schlicht und ergreifend daran, dass wir gerade bundesseitig fehlende gesetzliche Befugnisse und fehlende technische Möglichkeiten für entsprechende Maßnahmen haben, und natürlich auch daran, dass die personellen Ressourcen knapp sind.

Wenn wir organisierte Kriminalität ganzheitlich angehen und eindämmen wollen, müssen wir natürlich auch den globalen Aspekt sehen und hier den Blick auf die Europäische Union wagen. Vor einem Monat hat die Europäische Kommission den sogenannten Fahrplan zur Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität verabschiedet, der 17 Maßnahmen enthält, bei denen es genau darum geht, international unbürokratisch mit hoher Effizienz zusammenzuarbeiten. Die Bundesrepublik Deutschland tut sich in der behördenübergreifenden Zusammenarbeit leider Gottes noch etwas schwer. Das kann deutlich besser werden.

Zum Thema „mehr Personal bei der Kriminalpolizei“ maße ich mir jetzt natürlich nicht an, über die Landespolizei Nordrhein-Westfalen zu referieren, kann aber deutlich sagen, dass bei der Kriminalpolizei, wie wir aus der täglichen Zusammenarbeit wissen, und den Ermittlungsteams zur Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizei Konsens besteht, dass personelle Mängel und Ressourcenmängel auch gesetzliche Mängel sind. Wenn wir unsere Spezialisten also wirklich für Spezialaufgaben wappnen wollen, reicht es eben nicht, über Tarifverhandlungen hin und wieder mal die Gehälter anzuheben. Vielmehr ist da der Gesetzgeber, vor allem auch der Haushaltsgesetzgeber, gefragt, die Sicherheitsbehörden gut auszustatten – nicht nur personell. Bei der Personalausstattung ist auch immer ein Zeitverzug zu berücksichtigen, weil Spezialisten, wie gesagt, nicht auf Bäumen wachsen werden, sondern gut aus- und fortgebildet werden müssen. Daneben haben wir aber auch eine besondere Herausforderung in der IT-Infrastruktur. Ich glaube, dass ich mich nicht zu weit aus dem Fenster lehne, wenn ich sage, dass viele Sicherheitsbehörden näher daran sind, den Tageslichtprojektor in die Räume zu fahren, als dass wir im Kampf gegen die organisierte Kriminalität eine digitale Infrastruktur haben, die diesen Namen auch wirklich verdient.

In diesem Zusammenhang darf, will und kann ich nicht unerwähnt lassen, dass Deutschland sich im Bereich des Datenschutzes immer noch schwertut und immer wieder den

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Täterschutz vor den Opferschutz stellt. Auch da müssen grundlegende Dinge angegangen werden.

Um es kurz zu machen: Wenn wir uns den Aktionsplan der Europäischen Union und die behördenübergreifende Zusammenarbeit anschauen, sehen wir ganz deutlich, dass wir auch über die gesetzliche Normierung sprechen müssen.

Grundsätzlich können wir festhalten: Sicherheitsbehörden werden über Technik, Finanzen, Personal und gesetzliche Befugnisse mit den Werkzeugen zur Eindämmung und vor allem zur effizienten Bekämpfung organisierter Kriminalität ausgerüstet. Damit können sie also das leisten, was wir alle wollen.

Wir haben es schon gehört: Die Kommunen, die Länder, der Bund und auch die Europäische Union, also unsere Nachbarstaaten, sowie die Sicherheitsbehörden spielen eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Denn es gibt keine Ballungsräume und vor allem auch keine Hemmnisse der organisierten Kriminalität, sondern eher einen Flächenbrand, den man nur gesamtgesellschaftlich mit allen Partnern in diesem Kontext lösen kann.

Beweislastumkehr, Vermögensabschöpfung, Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ gehören dazu, ebenso präventiv Vorratsdatenspeicherung sowie Ausweitung und Stärkung der Finanzausmittlungen.

Noch eines ist wichtig. Wenn wir die Sicherheitsbehörden auf Trab haben, brauchen wir natürlich auch ebenso effiziente und gut ausgebildete Staatsanwälte und Richter. Der Kollege Huth hat gerade sehr anschaulich erklärt, was es überhaupt bedeutet, im Bereich der organisierten Kriminalität ermitteln zu dürfen oder aber auch zu müssen. Das ist kein Zuckerschlecken und auch mit erheblichen Gefahren für Leib und Leben verbunden.

Aussteigerprogramme im Bereich der organisierten Kriminalität sind wichtig. Leider Gottes hat die Bundesregierung im aktuellen Haushaltsplan für 2024 ihre Versprechungen dazu nicht gehalten, gerade auch mit Blick auf die Clankriminalität.

Bei aller Dramatik und aller Tragik ist von unserer Seite aus aber auch ein lobendes Wort zu sagen. Mir ist weder ein einziger Antrag noch eine einzige Meinung einer Fraktion bekannt, die dem hier bestehenden fraktionsübergreifenden Konsens widerspricht, dass Opposition und Regierung fest entschlossen sind, die organisierte Kriminalität endlich vom Hof zu jagen. Das ist zumindest schon mal ein guter Ansatz.

Meine Damen und Herren, das Ganze ist eine Riesenkraftanstrengung. Sie haben jetzt schon viel dazu gehört. Ich stehe für weitere Fragen, was die Bundespolizei betrifft, gerne zur Verfügung und bedanke mich für den politischen Willen, in Nordrhein-Westfalen die organisierte Kriminalität jetzt endlich effizient zu bekämpfen.

**Prof. Dr. Arndt Sinn (Universität Osnabrück):** Die organisierte Kriminalität hat viele Gesichter. Es kommt darauf an, sie zu erkennen. Ein Gesicht sind die Mafiaorganisationen wie die 'Ndrangheta. Daneben gibt es aber noch ganz viele andere Gesichter.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Wenn Sie fragen, ob Nordrhein-Westfalen gewappnet ist, diese Gesichter in ihrer Gefährlichkeit wahrzunehmen, sage ich ganz klar: Nein. Wir sind bundesweit nicht gewappnet, diese Gesichter zu erkennen oder wahrzunehmen, und schon gar nicht als einzelnes Bundesland. – Woran liegt das?

Erstens. Über 70 % aller OK-Gruppierungen arbeiten transnational. Insofern können Sie sich vorstellen, dass es die OK-Gruppierung, die sich nur in NRW aufhält, nicht gibt. Was ist daraus zu folgern? Erst einmal nationale Zusammenarbeit – auch wenn „nationale Zusammenarbeit“ komisch klingt – in gemeinsamen Ermittlungsgruppen und dann transnationale Zusammenarbeit in Joint Investigation Teams; ich komme darauf zurück.

Zweitens. Wir arbeiten mit alten Daten. Immer, wenn ein Lagebild auf dem Tisch liegt, arbeiten Sie mit alten Daten. Das muss man sich klarmachen. Ein Bundeslagebild ist alt. Das machen – danach haben Sie ja gefragt – andere Länder anders. Es gibt in Deutschland kein Forschungsinstitut, das sich mit Bedrohungsanalysen beschäftigen würde. Letzte Woche war ich in Frankreich. Dort befasst man sich proaktiv mit Bedrohungsanalysen.

Nun sind Polizei und Staatsanwaltschaften keine Forschungsinstitute. Das sollen sie auch nicht werden. Aber lasst uns doch zusammen etwas machen. Lasst uns doch die Bedrohungsanalysen dort erstellen, wo sie hingehören. Dafür gibt es wissenschaftliche Standards, nach denen man das machen könnte. Es gibt auch die Möglichkeit, Best Practices zu erstellen. Dafür müssten die Bundesländer mal den Willen haben, ihre Best Practices auszuwerten oder mit Best Practices zu beginnen.

Man müsste auch mal bereit sein, ein Case-Management-System einzuführen. Das gibt es nicht. OK wird am Schreibtisch generiert. Das ist nicht meine Erkenntnis, sondern die Erkenntnis aus zig Interviews, die wir geführt haben. Vor diesem Hintergrund müsste es doch mal ein Case-Management-System geben, wie es in jedem Unternehmen existiert. Dort macht man Risikoanalysen für ein bestimmtes Produkt usw. Für das Produkt OK gibt es das nicht.

Gewappnet ist Nordrhein-Westfalen also nicht. Die rechtsstaatliche Gefahr ist groß. Ich nenne nur das Stichwort „Geldwäsche“. 80 % aller in der Europäischen Union aktiven OK-Gruppierungen nutzen legale Infrastrukturen – nicht 18 %, sondern 80 %. Das heißt: OK ist angekommen. Sie ist da. Sie ist präsent. Und sie gefährdet den Rechtsstaat, also die Strukturen.

Was können wir lernen? Aus Italien können wir lernen, dass Infiltration das Mittel der Wahl ist. Die Mafiaorganisationen werden durch Infiltration aufgedeckt. Man kommt also an die entscheidenden Personen heran, indem man jemanden findet, den man natürlich mit hinreichend Opferschutz, Zeugenschutz usw. ausstattet, einen Schwachpunkt bei ihm entdeckt und dadurch die Organisation infiltriert. Das ist nicht mehr die alte Telekommunikationsüberwachung, weil überhaupt nicht mehr telefoniert wird oder alles kryptiert ist. Daran kommen Sie nicht heran, auch wenn Sie noch so viele Gesetze verabschieden. Infiltration ist also das Erste, was wir lernen können.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das Zweite sind Strukturermittlungen. Den Organisationen das Geld wegzunehmen, ist eine wichtige Strategie, die wir brauchen und verfolgen müssen. Eine andere Strategie, die damit Hand in Hand gehen muss, sind Strukturermittlungen. Organisierte Kriminalität besteht nun einmal der Definition nach aus mehr als zwei Personen, also mindestens drei. In der Regel sind es dann doch zehn, fünfzehn, zwanzig oder noch größere Organisationen. Wenn Sie nicht dort hineingehen, werden Sie nichts sehen, also kein Gesicht erkennen. Sie nehmen dann die kleinen Fische hoch, aber richten gegen die Struktur nichts aus. Das müssen wir lernen.

In Bezug auf eine Bargeldobergrenze schließe ich mich an. Ich wüsste nicht, warum man bestimmte Geschäfte mit so viel Bargeld machen müsste.

Zum administrativen Ansatz: Das, was wir in Deutschland unter dem administrativen Ansatz verstehen, ist nicht der administrative Ansatz, wie ihn die Europäische Union versteht, nämlich das Zusammenschieben von Schreibtischen der Verwaltungsbehörden, die viele Erkenntnisse haben und präventiv tätig werden können. Wie Herr Huth gesagt hat – er hat nämlich den Finger auf dem richtigen administrativen Ansatz –, geht es nicht nur darum, dass man sich mit dem Zoll und mit dem Gewerbeamt mal eine Shisha-Bar anschaut. Vielmehr geht der administrative Ansatz in Richtung Prävention. Und da gibt es wirklich viel zu tun. Auch das können wir lernen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir sind OK-mäßig im Blindflug, auch in der Forschung. Woran liegt das? Schauen Sie bitte in den letzten SOCTA-Report. Das ist das Serious and Organised Crime Threat Assessment. Mehrfach habe ich daran mitgearbeitet. 2021 habe ich das nicht mehr getan. Der 2017er-Index weist noch 5.000 Gruppierungen der organisierten Kriminalität aus; davor waren es 3.500. Für 2021 steht im SOCTA-Report keine Zahl. In Berlin wurde eine kleine Anfrage gestellt, die die Frage enthält, ob der Bundesregierung bekannt ist, wie viele OK-Gruppierungen es sind. Nein, keine Daten, also Blindflug. Selbst wenn wir alte Daten nehmen wollen, haben wir sie nicht. Das ist beunruhigend und auch für die Forschung extrem beunruhigend.

Zum Thema „Datenschutz und rechtliche Rahmenbedingungen“: Herr Huth hat schon darauf hingewiesen, dass es Möglichkeiten des Zeugenschutzes gibt. Diese Möglichkeiten sollte man nutzen. Wenn da Verbesserungsbedarf besteht, muss die Forschung sich damit beschäftigen, das auf den Prüfstand stellen und schauen, an welchen Schrauben man drehen kann. Sie werden aber auch nicht mit einer rechtlichen Regelung die Angst der aussagewilligen Zeugen in den Griff bekommen. Das wird nicht funktionieren. Man kann aber natürlich die Aussagebereitschaft fördern. Dafür muss man wahrscheinlich auch hinreichend Evaluierungen im Bereich des Zeugenschutzes vornehmen.

Welche Sicherheitsbehörden sind auf Seite 17 meiner Stellungnahme gemeint? Da ist die Bundespolizei gemeint, und da ist der Zoll gemeint. Der Zoll ist eine extrem wichtige Sicherheitsbehörde in unserer Architektur. Er ist in dieser Sicherheitsarchitektur nie wirklich ernst genommen worden, hat aber extrem viele Aufgaben in dieser Sicherheitsarchitektur wahrzunehmen und verfügt mit seinen rechtlichen Möglichkeiten

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

häufig über mehr Eingriffsbefugnisse als die Polizei. Deshalb meine ich, dass sich hier etwas tun muss. Man sollte also auch den Zoll in seiner Rolle als einen wichtigen Pfeiler der Sicherheitsarchitektur stärken.

Warum habe ich auf Seite 18 die nationalen Datenbanken als nicht ausreichend bezeichnet? Informationen in Datenbanken zusammenzufassen, ist zwar schön. Ich würde aber noch eine Stufe darunter gehen. Wir brauchen nämlich erst einmal eine IT-Infrastruktur, die kompatible Datensätze überhaupt austauschbar macht. Polizei 20/20 – da war genau das eines der Ziele – ist ja nicht umgesetzt worden. Insofern gibt es das nicht. Da muss man natürlich etwas tun. Das hört man auch vonseiten der Praxis.

Zur Priorisierung der Maßnahmen: Alles, was strukturbezogen organisierte Kriminalität aufklärt, erhellt und Gesichter wahrnehmbar werden lässt, muss priorisiert werden. Deshalb ist meine ganz klare Ansage, dass Strukturermittlungen notwendig sind. Wie sollen sie durchgeführt werden? Mit den Akteuren, die für Sicherheit zuständig sind, in gemeinsamen Ermittlungsgruppen auf nationaler Ebene bzw. in Joint Investigation Teams auf internationaler Ebene.

Dazu bedarf es – Sie können das in der Stellungnahme nachlesen – einer Koordinationsstelle, die der Polizei Arbeit abnimmt. Die Polizei soll nicht Papierkram machen und Anträge stellen, bei denen es darum geht, wer im Versicherungsfall den Schaden zu tragen hat. Das muss eine entsprechende Stelle übernehmen. Eine solche Stelle gibt es in Deutschland nicht.

Was ist in Bezug auf Vermögensabschöpfung zu tun? Ich ziehe mir als Universitätsprofessor den Schuh selbst an. Wir müssen in der Ausbildung beginnen. In Niedersachsen habe ich lange dafür gekämpft, dass Geldwäsche zum Pflichtprüfungsstoff gehört. Seit einigen Jahren ist sie drin. Vermögensabschöpfung machen wir fakultativ. Wie viele juristische Fakultäten Deutschlands bieten denn überhaupt Vermögensabschöpfung in ihren Kursen an? Das heißt: Die angehenden Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, Richter und Richterinnen kommen nach ihrer Universitätszeit in den Referendardienst. Vermögensabschöpfung spielt dort auch keine Rolle; dafür hat man da gar keine Zeit. Auf einmal sind sie dann an den entscheidenden Stellen und haben – Entschuldigung; es tut mir leid – wirklich keine Ahnung. Daher müssen wir anfangen, auch in Ausbildungs- und Fortbildungszentren zu investieren, damit Personen, die das in ihren Universitäten nicht lernen konnten, entsprechend ausgebildet und fortgebildet werden können.

Das setzt sich dann in dem Zusammenspiel von Polizei und Staatsanwaltschaft fort. Damit komme ich auch zum Schluss. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sind ganz wichtig. Erforderlich ist auch eine frühzeitige Einbindung der Staatsanwaltschaften in die Strukturermittlungen, damit man – und jetzt schließt sich der Kreis zu den Case-Management-Systemen – im Rahmen eines quasi Musterverfahrens schon abschätzen kann: Was brauche ich alles, und welche Weichen muss ich stellen, um gerichtsverwertbare Beweise auch in Richtung § 129 StGB, Bildung krimineller Vereinigungen, zu generieren? – Denn bei organisierter Kriminalität handelt es sich um kriminelle

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vereinigungen, und wir haben im materiellen Strafrecht durchaus die Möglichkeit, auf dieser Grundlage dann auch Ermittlungen vorzunehmen.

**Dr. Zora Lea Hauser (University of Oxford [per Video zugeschaltet]):** Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. – Ich möchte mich auch gleich entschuldigen und um Verständnis bitten, weil Deutsch nicht meine erste Sprache ist, sondern nach Italienisch und Englisch meine dritte Sprache. Darauf beruht ja auch meine Expertise. Ich habe mich in den letzten sechs Jahren auf das Thema „'Ndrangheta“ fokussiert und insbesondere auch Verständnis dafür entwickelt, wieso diese Strukturen der Mafia überhaupt in Deutschland Platz finden. Um Ihnen nicht zu viel Zeit zu nehmen, probiere ich, so schnell wie möglich auf alle Fragen, die ich beantworten kann, einzugehen.

Von der SPD wurde gefragt, welche Gefahren durch organisierte Kriminalität Deutschland heutzutage wahrnehmen muss. Diese Gefahren sind natürlich sehr unterschiedlich. Aber wir können sie in zwei Kategorien zusammenfassen. Die erste Gefahr ist die laute, gewalttätige organisierte Kriminalität. Das sind die Strukturen, die wir auf der Straße ganz genau sehen und die die Bürger auch verunsichern. Die zweite Gefahr ist eine ganz andere Kriminalität, praktisch das Gegenteil. Das sind die Strukturen, die leise sind, die eigentlich unter dem Radar bleiben und die sich dann in die deutsche Gesellschaft und in die deutsche Wirtschaft auch faktisch nahtlos integrieren. Beide Gefahren sind gleich wichtig. Eine dritte Gefahr kommt aber noch ins Spiel, nämlich dann, wenn wir denken, dass die zweite Gefahr, die leise ist – dazu gehören auch und vor allem italienische Mafiastrukturen –, gar keine Gefahr ist, weil wir sie nicht so wahrnehmen wie die laute Gefahr, also die gewalttätigen kriminellen Strukturen.

Was können wir aus Italien lernen? Dass wir genau diese zweite Gefahr ernst nehmen müssen. Wir können das gerade deshalb aus Italien lernen, weil Italien sie nicht ernst genommen hat. Das hört sich heutzutage fast lächerlich an. Aber über Jahrzehnte hat man in Italien faktisch das Phänomen „Mafia“ nicht wahrgenommen. Man hat gesagt, die Mafia existiere nicht. Obwohl diese Organisation in Italien schon seit 100 Jahren existiert hat, haben Juristen, haben Politiker, hat die Gesellschaft – nicht die Polizei, aber alle anderen – gesagt: Wir nehmen dieses Phänomen nicht ernst, weil wir denken, dass eine Organisation nicht existiert, sondern es nur ein Verhalten ist und keine kriminelle Struktur. – Heutzutage wissen wir, dass das nicht wahr ist.

Wir können also aus Italien lernen, dass es darum geht, diese Struktur Stück für Stück aufzudecken. Das erfordert strukturelle Ermittlungen, die nachhaltig geführt werden – nicht nur über Jahre, sondern über Jahrzehnte. Nur so konnte Italien diese Strukturen aufdecken, um gegen eigene politische Vorurteile oder Vorurteile in der Gesellschaft zu zeigen, dass überhaupt ein solches Phänomen existiert.

Das gleiche Phänomen sehen wir jetzt in über 40 Ländern auf der ganzen Welt. Diese italienischen Mafiaorganisationen sind nicht nur in Deutschland aktiv, sondern sie sind auch in den Niederlanden, in Belgien, in Kanada, in Australien, in den Vereinigten Staaten aktiv.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Herr Huth hat schon kurz erwähnt, dass man in Dekaden denken muss. Wie die Forschung, die ich in den letzten sechs Jahren betrieben habe, gezeigt hat, sind in Deutschland die 'Ndrangheta, also die kalabrische Mafia, aber auch alle anderen Mafiaorganisationen zumindest seit fünf Jahrzehnten aktiv, und zwar in Zellen strukturiert, also nicht nur mit einzelnen Mafiamitgliedern.

Heutzutage spricht man auch immer noch von einem Ruheraum in Deutschland. Zumindest seit den 1980er-Jahren ist das nicht mehr zutreffend. Ich finde es interessant, dass man immer noch denkt und dass immer noch im Diskurs ist, Deutschland sei nicht nur ein Aktionsland für kriminelle Organisationen wie die italienische Mafia, sondern auch ein Ruheraum, obwohl wir keine Beweise dafür haben, dass Deutschland heutzutage Ruheraum ist, zumindest für die italienische Mafia nicht.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Was man zum Beispiel aus den Niederlanden lernen kann, ist sicherlich die Zusammenarbeit mit der Forschung, weil sie in den Niederlanden wirklich sehr gut ist. Deswegen hat man dort auch ein sehr gutes Verständnis des Phänomens. Das kriminologische Verständnis der niederländischen Universitäten und die Zusammenarbeit mit der Polizei sind tatsächlich unglaublich gut. Daher ist die Forschung in den Niederlanden eine der besten Forschungen, die es europaweit und weltweit zu Kriminalität gibt. Diese Zusammenarbeit ist aber nicht nur theoretisch nützlich, sondern auch konkret für die Politik und für die Polizei selbst. Zum Beispiel gibt es auch gemeinsame Veröffentlichungen von Polizei und Forschung.

Außerdem wurde nach dem Dunkelfeld gefragt. Das ist immer eine schwierige Frage. Für Forscher wird es dann noch schwerer, wenn es offenbar kaum möglich ist, da irgendwelche Zahlen zu nennen. Das Einzige, was ich dazu sagen kann, ist Folgendes: 2019 sprach das BKA von 344 – so habe ich das jetzt noch im Gedächtnis – mutmaßlichen Mitgliedern der 'Ndrangheta, die in Deutschland aktiv sind. Die Bundesregierung hat aber im gleichen Jahr gesagt, die Einschätzung sei, dass 800 bis 1.000 mutmaßliche Mitglieder dieser Organisation hier aktiv sind. Das ist also schon einmal quasi ein Dunkelfeld zwischen Behörden in Deutschland. Darüber hinaus kann ich nichts dazu sagen.

Von der CDU wurde eine sehr interessante Frage zum Opferschutz gestellt. Der Schutz von Opfern ist natürlich unglaublich wichtig. Ich würde noch hinzufügen, dass auch Kronzeugen geschützt werden sollten. An dieser Stelle komme ich wieder auf das zurück, was Sie aus Italien lernen können. Fast alles oder das meiste, was wir über den inneren Modus Operandi der kriminellen Organisationen wissen, haben wir über Kronzeugen erfahren, die es uns ermöglicht haben, in eine kriminelle Struktur hineinzuschauen, die von außen aus überhaupt nicht sichtbar ist.

Das Schützen von Kronzeugen und von Opfern ist also unglaublich wichtig, und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil es hilft, wie ich gesagt habe, das Dunkelfeld aufzudecken, und zweitens, weil es das Vertrauen gegenüber dem Staat stärkt. Der zweite Punkt ist eigentlich der wichtigste. Ich habe in meiner Forschung einen Fall dokumentiert, in dem ein deutscher Unternehmer von einem Mafioso eingeschüchtert wurde. Er durfte seine Eisdiele nicht aufmachen, weil er dann in Konkurrenz zu Mafiamitgliedern

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

stehen würde. Dieser deutsche Unternehmer ist nicht zur Polizei gegangen und hat mir gesagt, als ich ihn interviewt habe: Die Polizei kann mich ja nicht schützen. Wie soll das überhaupt gehen? Wie kann man mich vor Mafiamitgliedern schützen? Ich traue dem Staat nicht zu, dass er mich schützen kann. – Das ist ein soziologisches und gesellschaftliches Problem, das wirklich existiert und zeigt, welches demokratiegefährdende Potenzial organisierte Kriminalität hat.

Löschungsfristen sind ebenfalls ein sehr schwieriges Thema. Es ist aber sehr wichtig, dass wir darüber sprechen. Sicherheitsrechte und Freiheitsrechte muss man ausgleichen. Wie genau das geschieht, ist ja gerade die Schwierigkeit der Debatte. Aber darüber muss gesprochen werden. Aus Italien haben wir gelernt, wie ich schon gesagt habe, dass nachhaltige strukturelle Ermittlungen Jahre und Jahrzehnte brauchen. Oft sehen wir auch, dass Informationen, die es in den zurückliegenden Jahren zum Beispiel bei Prozessen gegeben hat, wieder in Ermittlungsverfahren auftauchen. Das bedeutet, dass wir diese Informationen – vor allem, wenn wir von komplexen Strukturen sprechen, wie das bei organisierter Kriminalität der Fall ist – irgendwie zusammenbringen müssen. Diese Informationen stammen aber nicht nur aus den letzten fünf Jahren oder zehn Jahren. Daher müssen wir in der Tat in Dekaden denken. Diese Strukturen sind selber auch genauso langfristig ausgestaltet. Deswegen müssen wir uns entsprechende Gedanken machen – vor allem, wenn es zum Beispiel um Organisationen geht, in denen man für das gesamte Leben Mitglied ist. Das ist bei der 'Ndrangheta und bei der Cosa Nostra der Fall. Da wird es also nicht in fünf Jahren anders sein. Es gibt einige wenige Ausnahmen. Aber in der 'Ndrangheta und in der CosaNostra gilt die Mitgliedschaft für das gesamte Leben. Wollen wir also wirklich alle Informationen nach fünf oder zehn Jahren löschen? Das ist eine Frage. Die Antwort kann ich Ihnen nicht geben. Ich bin keine Juristin und keine Politikerin. Aber ich denke, dass man ernsthaft darüber sprechen muss.

Das bringt mich auch zu den Fragen der Grünen. Was kann man – abgesehen von personellen Aufstockungen – tun? Ich möchte hier aber nicht nur sagen, was man tun kann, sondern auch darauf hinweisen, wie man es tun sollte. Auf Englisch spricht man von Evidence-based Policymaking. Auf Deutsch heißt das so etwas wie: empirisch basierte Politik. Was man tut, sollte daher nicht nur eine Lobbying-Übung sein. Man sollte also eine Strategie haben, die nicht nur aus den Lobbying-Bemühungen von unterschiedlichen Seiten besteht, sondern auch auf einem fundierten Verständnis des Phänomens basiert. Das wollte ich in meiner Stellungnahme sehr klar herüberbringen. Wir brauchen also ein Verständnis dieses Phänomens, und zwar nicht nur kriminologisch, sondern auch zum Beispiel soziologisch.

Die Forschung soll ja nicht nur die Zahlen, die wir schon kennen, widerspiegeln. Über die Zahlen der Polizei – Stichwort „SOCTA“ – haben wir gerade schon gesprochen. Diese Zahlen jetzt so weiterzugeben, wäre kein ernsthafter Beitrag. Das kann die Polizei schließlich selber tun. Vielmehr muss die Forschung zum Verständnis beitragen. Dieses Verständnis kommt aus Fachbereichen, die nicht nur kriminologisch oder juristisch tätig sind. Beispielsweise Soziologie und auch Geografie können da sehr viel leisten, denke ich. Soziologische Fragen beziehen sich zum Beispiel auf das Sicherheitsgefühl der

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Bevölkerung. Das sollte man wahrnehmen. Es geht ja nicht nur um die kriminelle Struktur als solche, sondern auch darum, wie sie in der Gesellschaft wahrgenommen wird und wie sich die Präsenz einer kriminellen Struktur auf das Vertrauen gegenüber dem Staat auswirkt. Ist das Vertrauen in den Staat bedroht, weil wir kriminelle Strukturen haben? Eine soziologische Studie versucht, zu verstehen, was die Konsequenzen unterschiedlicher krimineller Strukturen für die Gesellschaft sind; und das sieht anders aus, wenn wir uns zum Beispiel die italienische Mafia anschauen, als dann, wenn wir die sogenannte Clankriminalität betrachten. Alle diese Fragen können eigentlich nur mit soziologischen, geografischen und ökonomischen Studien beantwortet werden, aber nicht allein kriminologisch oder juristisch betrachtet werden.

Bei der Antwort zur Priorisierung werde ich mich kurzfassen. Das ist eine schwierige Frage. Natürlich braucht man eine Priorisierung. Man braucht aber auch eine nachhaltige Strategie, die nicht ständig wieder von der Politik priorisiert wird. Und das ist so ein bisschen das Problem, das wir unter anderem in Deutschland sehen. In Deutschland und eigentlich in allen Demokratien findet ständig eine Priorisierung statt. Man priorisiert immer wieder das, was die neueste kriminelle Herausforderung ist, und verfolgt keine nachhaltige Strategie. Diese Strategie sollte eigentlich Evidence-based sein, also empirisch basiert sein. Das ist vielleicht keine Antwort im Sinne von, was genau erste Priorität haben sollte. Priorisiert werden sollten aber auf jeden Fall das Verständnis des Phänomens und basierend auf diesem Verständnis dann konkrete Schritte, die nachhaltig sind, anstatt nur politisch zu priorisieren.

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Frau Hauser, ich möchte Sie bitten, dass Sie jetzt zum Ende kommen und das Wichtigste, was Sie noch auf Ihrem Block stehen haben, einmal kurz zusammenfassen.

**Dr. Zora Lea Hauser (University of Oxford [per Video zugeschaltet]):** Ich hätte jetzt auch gleich Schluss gemacht, weil ich mit meinem soziologischen Background zu anderen, juristischen Fragen nicht wirklich sprechen kann. – Die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft ist sehr wichtig. Es geht auch darum, international wahrzunehmen, dass diese Zusammenarbeit in anderen Ländern anders funktioniert. Deswegen ist in der internationalen Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen Italien und Deutschland genau diese Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft sehr wichtig. – Damit bin ich auch am Ende meiner Ausführungen.

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Vielen herzlichen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben 15:48 Uhr. Ich frage, ob es grundsätzlich noch Nachfragen gibt. – Das ist der Fall. Dann müssen wir miteinander eine kleine Regelung treffen. Die Fraktionen, die noch eine Nachfrage haben, stellen bitte nur jeweils eine Frage und benennen auch einen Sachverständigen, der diese Frage dann bitte innerhalb von drei Minuten beantwortet.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

**Christina Kampmann (SPD):** Vielen Dank für die Ausführungen, die noch einmal deutlich machen, dass wir schon lange geredet haben – nicht nur heute, sondern insgesamt – und jetzt wirklich schnell handeln müssen, wenn wir etwas erreichen wollen.

Ich glaube, dass wir uns den Bereich der organisierten Kriminalität im digitalen Raum noch einmal gesondert ansehen müssen. Das scheint ein großes Thema zu sein. Wir müssen auch schauen, wie wir besser an Hintermänner und Strukturen herankommen. Das ist ebenfalls ein wichtiges Learning von heute. Außerdem müssen wir gucken, wie wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessern können.

Ich würde gern noch einmal auf ein Thema zu sprechen kommen und die Frage dazu an Sie richten, Herr Huth, weil Sie es eben erwähnt haben. Wie kann eigentlich Prävention im Bereich „OK“ aussehen, und wie können vielleicht auch wir als Politik Präventionskonzepte entwickeln? Sie haben Kinder aus den Mafiaorganisationen angesprochen. Wir haben uns im Zusammenhang mit Clankriminalität einmal verstärkt die Rolle von Frauen in den Clans angeschaut. Das finde ich ebenfalls spannend. Es wurde darauf hingewiesen, dass der administrative Ansatz natürlich ein präventiver ist. Aufgrund dessen, was Sie gesagt haben, habe ich das Gefühl, dass wir die Gesellschaft eigentlich auch in Bezug auf die Gefahren noch viel stärker sensibilisieren müssten. Deshalb möchte ich Sie fragen: Wie könnte aus Ihrer Sicht ein Präventionskonzept aussehen? Was sollten wir da dringend auf den Weg bringen?

**Dr. Christos Katzidis (CDU):** Ich habe eine abschließende Frage an Sie, Herr Professor Dr. Sinn, weil Sie in Ihrer Stellungnahme auch sehr dezidiert viele juristische Probleme dargestellt haben – § 129 StGB, §§ 100a, 100b StPO, Quellen-TKÜ, Online-Durchsuchung, § 391 Abgabenordnung, RiStBV, Geldwäschegesetz, § 3 StPO. Warum weigert man sich auf der Bundesebene, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für eine effektive Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu schaffen?

**Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD):** Herr Professor Sinn, wir haben jetzt viel über Forschung gehört, was wir auch hier aus der Anhörung mitnehmen können. Meine Frage ist: Was halten Sie von einer W3-Professur für Kriminalistik? So etwas gab es ja schon in den 90er-Jahren an der Humboldt-Universität zu Berlin.

**Oliver Huth (Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Nordrhein-Westfalen):** Alle Stakeholder müssen an einen Tisch – alle, die zu Prävention irgendetwas beitragen können. Das sind NGOs; das sind Strafverfolgungsbehörden; das sind kommunale Organisationseinheiten. Wichtig ist, dass gerade auch diejenigen, die dann Verwaltungsakte vornehmen können, ein gemeinsames Bild von organisierter Kriminalität haben müssen. Daran, dass dieses Bild gezeichnet wird, fehlt es oft. Das heißt, dass wir da einen bilateralen Informationsaustausch brauchen. In einer Ruhr-Konferenz 3.0 oder an anderer exponierter Stelle wäre der Sachverhalt in Bezug auf verschiedene Kriminalitätsfelder, die wir bei der organisierten Kriminalität sehen und haben, zu behandeln.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Zusätzlich müssen wir natürlich insbesondere auch Frauen stärken, die in der organisierten Kriminalität – die ja nun einmal männerdominiert ist – mit aktiv sind und darunter leiden oder vielleicht auch den Weg mitgehen. Wir müssen Frauen aufklären, zur Seite nehmen und Hilfsangebote unterbreiten, also fördern und fordern. Es ist aber auch notwendig, Jugendämter und NGOs so aufzustellen, dass sie mit diesen Frauen Kontakt aufnehmen können und sie ermutigen können, aus der organisierten Kriminalität auszubrechen. Denn sie haben tatsächlich nicht nur im Bereich der Sozialpädagogik in der Familie die Rolle, Werte und Normensysteme zu tradieren. Mir hat mal ein Mafioso gesagt: Wenn ich 1 Million Euro habe, gebe ich sie meiner Frau und nicht meinem besten Freund. – Das hat alles Ursache und Wirkung.

Mein Wunsch wäre wirklich, durch so eine Anhörung in der Gesellschaft mehr Gehör für das Thema zu finden. Wenn wir Durchsuchungseinsätze haben und ein Eiscafé schließen, sagen die Bürgerinnen und Bürger: Oh, da gehe ich hin; es ist spannend, mal zu gucken, was da denn gewesen ist. – Sie kaufen die nächste Eiskugel dann tatsächlich noch mal da, weil sie es spannend finden. Das zeugt davon, dass wir gesellschaftlich noch viel Aufklärungsarbeit leisten müssen.

**Prof. Dr. Arndt Sinn (Universität Osnabrück):** Vielen Dank für die wichtige Frage, warum nichts passiert. Ich bin regelmäßig in Berlin und spreche mit allen. Alle wissen eigentlich Bescheid. Aber es passiert nichts. Sie haben gefragt, warum das so ist. Das Thema ist eben nicht sexy. Deshalb sind wir ja hier, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und dafür zu werben, dass dieses Thema auch in dem politischen Diskurs eine vertiefte Bearbeitung benötigt. Denn die organisierte Kriminalität untergräbt, wie wir in den Statements auch gehört haben, unseren Rechtsstaat. Wenn Sie sich die Antworten der Bundesregierung der letzten 15 Jahre auf die Anfragen zu OK anschauen, sehen Sie, dass das alles immer unter „ferner liefen“ betrachtet wird; nach dem Motto: Es läuft ja, und hier ist keine Steigerung zu verzeichnen. – EncroChat hat die Augen geöffnet. Es gibt die OK in einem viel größeren Ausmaß, als man sich das vorher hat schönreden wollen.

Ja, eine Professur für Kriminalistik gab es mal. An der DHPol werden kriminalistische Bezüge durchaus gelehrt. Ich meine aber – und ich bin immer für Wissenschaft und immer für den Ausbau und die Verbreiterung des Angebots –, wenn man Kriminologie, Kriminalpolitik und Kriminalistik kombinieren würde und so etwas einrichten würde, dann gehörte das genau in eine polizeipraktische Ausbildung.

**Stellv. Vorsitzende Anna Kavena:** Herzlichen Dank. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre wertvollen Beiträge heute.

Das Protokoll der Anhörung wird demnächst auf der Landtagsseite abrufbar sein. Nach Vorlage des Protokolls werden wir uns in den Ausschüssen weiter mit dem Antrag befassen.

Innenausschuss (26.)

12.12.2023

Haushalts- und Finanzausschuss (33.)

Rechtsausschuss (33.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das war unsere voraussichtlich letzte Ausschusssitzung in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen allen frohe, besinnliche Weihnachten. Kommen Sie gut nach Hause. Und Frau Erwin wünschen wir auf diesem Weg nochmals gute Besserung.

Ich schließe die Sitzung und bedanke mich noch einmal. – Danke schön.

gez. Anna Kavena  
stellv. Vorsitzende (IA)

**Anlage**

19.12.2023/20.12.2023

**Anhörung von Sachverständigen**  
des Innenausschusses, des Haushalts- und Finanzausschusses und  
des Rechtsausschusses

**Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen -  
Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität  
intensivieren.**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/4139

am Dienstag, dem 12. Dezember 2023  
14.30 bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Nordrhein-Westfalen Michael Mertens Geschäftsstelle Düsseldorf	<b>Michael Maatz Andreas Nowak</b>	<b>18/1105</b>
Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Erich Rettinghaus Landesgeschäftsstelle Düsseldorf	<b>Erich Rettinghaus Michael Habeck Janina Kremers</b>	<b>18/1109</b>
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. Oliver Huth Düsseldorf	<b>Oliver Huth</b>	<b>18/1120</b>
Deutsche Polizeigewerkschaft Manuel Ostermann Berlin	<b>Manuel Ostermann</b>	<b>18/1110</b>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Professor h.c. Arndt Sinn Direktor des Zentrums für Europäische und Internationale Strafrechtsstudien (ZEIS)   Lehrstuhl für Deutsches und Europäi- sches Straf- und Strafprozessrecht, Inter- nationales Strafrecht sowie Strafrechts- vergleichung Institut für Wirtschaftsstrafrecht Universität Osnabrück Osnabrück	<b>Prof. Dr. Sinn</b>	<b>18/1102</b>
Zora Hauser Department of Sociology Oxford England	<b>Zora Hauser</b> per Videozuschaltung	<b>18/1108</b>